

Ressort: Finanzen

Kommunen warnen vor Stromengpässen

Berlin, 04.09.2013, 17:34 Uhr

GDN - Mit eindringlichen Worten hat der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, vor möglichen Stromengpässen gewarnt, sollten die Stadtwerke als Betreiber von Gaskraftwerken durch die Energiewende weiter in die Enge getrieben werden. "Die dramatische Situation der hocheffizienten und klimafreundlichen Gaskraftwerke zeigt einmal mehr den dringenden Reformbedarf bei der Energiewende", sagte Landsberg "Handelsblatt-Online".

"Dies gilt umso mehr, als ein Blackout in Deutschland oder in Teilen unseres Landes - auch wenn er nur wenige Stunden dauern sollte - zu Milliardenverlusten führen kann." Konkret schlug Landsberg drei Maßnahmen vor, um die Stadtwerke vor dem Ruin zu bewahren. "Erstens brauchen wir deutlich mehr Markt- und weniger Planwirtschaft, damit uns die Kosten nicht weiter aus dem Ruder laufen. Die alternativen Energien sollten nur dann gefördert werden, wenn dieser Strom tatsächlich ins Netz gelangt und auch gebraucht wird", sagte er. Zweitens müsse der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien an den Netzausbau angepasst werden. Dazu sei die Beschleunigung sowohl des Ausbaus des Hochspannungsnetzes wie auch die Ertüchtigung der Verteilungsnetze unverzichtbar. "Denn ohne neue und bessere Netze kann die dezentrale Energieversorgung nicht funktionieren", ist Landsberg überzeugt. Der Städtebund-Chef hält es zudem für nötig, dass auch wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. "Dafür brauchen wir die hocheffizienten Gaskraftwerke, die je nach Bedarf schnell hochgefahren werden können und das Klima deutlich weniger belasten wie zum Beispiel Kohlekraftwerke." Notwendig sei dazu ein "Entlohnungsmodell", das die Wirtschaftlichkeit dieser Reservekapazitäten sicherstellt und ebenfalls auf marktwirtschaftlichen Mechanismen basieren sollte. Nach Landsbergs Vorstellung muss für die Bereitstellung dieser Reservekraftleistungen ein Entgelt bezahlt werden, weil sonst die Versorgungssicherheit in Deutschland in Gefahr sei und weitere wichtige Investitionen in diesem Bereich unterbleiben würden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-21058/kommunen-warren-vor-stromengpaessen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com